



Martin Emmer

Digitalisierung und bürgerschaftliches Engagement



Seit dem Siegeszug von Internet und Smartphone spielen digitale Daten und Geräte eine immer wesentlichere Rolle in unserem Alltag. Interaktionen zwischen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft bringen in immer schnellerer Folge neue Formen vernetzter und automatisierter Kommunikation hervor, die Arbeitswelt, mediale Öffentlichkeit, Bildung und Wissenschaft, aber auch Politik und lokale Lebenswelten vor grundlegende Herausforderungen stellen. Es geht damit heute längst nicht mehr nur darum, wie wir „das Internet“ in die etablierten Strukturen von Politik, Rechtssystem oder auch unseres Alltags integrieren, sondern darum, die durch Digitalisierung ausgelöste tiefgreifende Transformation unserer Gesellschaft auf allen Ebenen zu verstehen und positiv zu bewältigen.¹

Die Potenziale der Digitalisierung für die gesellschaftliche Teilhabe

Das Internet versprach ab Mitte der 1990er Jahre jedermann eine neue Qualität der Teilhabe am öffentlichen Diskurs, gesellschaftlichen Prozessen und politischen Entscheidungen. Eine berühmte Rede des damaligen US-Vizepräsidenten Al Gore aus dem Jahr 1994 brachte diese Hoffnungen auf den Punkt: das Internet sei eine „elektronische Agora“, es ermögliche die Verwirklichung urdemokratischer Ideale von echter Partizipation aller Bürger auf gleicher Augenhöhe. Es war die Passgenauigkeit der Strukturmerkmale des Internets mit den Eigenschaften eines idealen gesellschaftlichen Diskurses im Sinne des Theoretikers Jürgen Habermas – die Gleichberechtigung der Kommunikationspartner, der freie Zugang zu Medien und Öffentlichkeit, die weitgehende Aufhebung von zeitlichen und räumlichen Einschränkungen der Kommunikation – welche Theoretiker ebenso inspirierte wie Internetpioniere. Utopien „virtueller Gemeinschaften“ oder „virtueller Städte“ im Internet, in denen Menschen sich selbstbestimmt zusammenfinden und Lösungen für soziale und gesellschaftliche Herausforderungen entwickeln könnten, wurden theoretisch und praktisch seit Mitte der 1990er Jahre von Autoren wie Howard Rheingold entwickelt und befördert.

Zwei Jahrzehnte später stellt sich das Bild weniger positiv dar. Das ursprünglich offene Internet verschiebt sich immer stärker in kommerzielle Sphären privater Plattform- und Betriebssystemanbieter wie Google, Apple oder Facebook. Staatliche Bestrebungen in Richtung möglichst umfassender Kommunikationsüberwachung verstärken den Trend hin zu einer Fremdkontrolle von Daten und Kommunikationsumge-

bungen, die die Autonomie der Nutzer einschränkt. Parallel dazu haben technische Innovationen und die zunehmende Leistungsfähigkeit digitaler Systeme unsere digitale Kommunikation aus der heimischen Desktop-Computer-Ecke befreit und erlauben uns eine mobile „Überall und Jederzeit“-Vernetzung. Eine Folge der Vielfalt und Unabgeschlossenheit der neuen digitalen Netzwerke sind dabei auch Probleme wie Online-Propaganda, Hasspostings oder Fake-News in Sozialen Medien. Dies alles hat erhebliche Folgen für die gesellschaftliche Teilhabe und damit auch für die Rolle, die Bürgerinnen und Bürger heute im Gefüge der gesellschaftlichen Akteure einnehmen.

Die zwei Seiten digitaler Bürgerschaft

Auch wenn man solche Probleme ernst nehmen muss, sollte man zuerst trotzdem festhalten, dass mit Hilfe neuer digitaler Medien das Gewicht der einzelnen Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Prozess deutlich zugenommen hat. Verliefen Informationsströme über Jahrhunderte fast ausschließlich von „oben“ nach „unten“, also von wenigen, sehr einflussreichen Akteuren mit Zugang zu Massenmedien in Richtung der Bürgerinnen und Bürger als weitgehend machtloser Empfänger von Botschaften, so verfügen wir heute über eine Vielzahl verschiedenster Kommunikationsmedien und Plattformen, die auch uns als Individuen oder vernetzte Aktivistengruppen erlauben, uns öffentlich zu Wort zu melden. Gerade die sogenannten Sozialen Medien wie Facebook, Twitter oder YouTube erlauben es in bisher ungekannter Weise, ohne besondere technische oder finanzielle Ressourcen in einer großen und allgemeinen Öffentlichkeit Gehör zu finden – sofern man in der unüberschaubaren Menge von Angeboten entsprechende Aufmerksamkeit auf sich ziehen kann.

¹ Der Beitrag basiert auf dem Artikel „Bürger im Netz: Über die zwei Seiten der digitalen Zivilgesellschaft“ des Autors in Die politische Meinung (548), S. 58-62.



Dabei sind es vor allem diejenigen Akteure, die bisher keine Stimme hatten, die von diesen Möglichkeiten stark profitieren können. In autoritären Staaten haben digitale Medien bereits häufig eine Rolle in der Formation von Widerstand und Protest gespielt, so etwa Facebook im „arabischen Frühling“. Aber auch in demokratischen Gesellschaften haben Mobilisierungsplattformen wie Change.org oder Campact politische Debatten und auch Entscheidungen beeinflusst, und im sozialen Nahraum organisierten sich Menschen über WhatsApp, Facebook oder spezielle Plattformen wie nebenan.de oder nextdoor.de. Gerade diese Ebene der kleinen sozialen Netzwerke und lokalen Nachbarschaften ist noch relativ wenig erforscht und wird in ihrer politischen Bedeutung vermutlich unterschätzt. Ein breiter Bestand an empirischer Forschung konnte in den letzten fünfzehn Jahren trotz immer noch bestehender Forschungslücken durchaus nachweisen, dass die zunehmende Nutzung des Internets grundsätzlich positive Auswirkungen auf den Informationsstand sowie politische und gesellschaftliche Beteiligung von Bürgern hatte, auch wenn diese Effekte insgesamt eher moderat sind (vgl. Boulianne 2015 sowie Emmer et al. 2011).

Die Schattenseite dieser Entwicklung ist aber, dass es in etablierten Demokratien wie Deutschland gerade politische Außenseiter und demokratiefeindliche Akteure sind, die früher kaum Zugang zur Öffentlichkeit bekamen und nun neue Werkzeuge an die Hand bekommen, um unter Umgehung der traditionellen journalistischen „Gatekeeper“ an die Öffentlichkeit zu treten. Die Wahl Donald Trumps im Jahr 2016 zum US-Präsidenten gegen den Widerstand beinahe aller Medien und politischer Akteure wäre unter den Bedingungen der alten Medienwelt so wohl nicht möglich gewesen. Gleiches gilt

für die in kurzer Zeit erreichten Wahlerfolge einer Protestpartei wie der AfD in Deutschland. Und auch für extremistische und terroristische Netzwerke sind soziale Medien von WhatsApp bis YouTube heute zentrale Propaganda- und Organisationsmedien, die den Sicherheitsbehörden erhebliche Probleme bereiten.

Neben einem solchen Missbrauch von Medien für antidemokratische oder sogar illegale und gewalttätige Zwecke werden die partizipativen Potenziale digitaler Medien zusätzlich noch bedroht durch einen dramatischen Wandel der Organisationsstrukturen des Internets: Die attraktivsten Nutzungsformen digitaler Medien – vor allem die mobile Smartphone-Nutzung und die soziale Vernetzung über Soziale Medien – werden heute fast ausschließlich von wenigen monopolistisch aufgestellten globalen Konzernen wie Google, Apple und Facebook innerhalb eigener Serverstrukturen und hinter Anmeldeschranken abgewickelt. In diesen Sozialen Medien unterwerfen wir uns dabei den Regeln dieser wenigen Unternehmen, die schwer durchschaubar, aber folgenreich sind. Dies zeigt sich zum Beispiel im starken Einfluss, den automatisierte Filterverfahren mit sich bringen: Wenn etwa Facebook vor der Anzeige von Inhalten zuerst unsere gespeicherten Nutzungsdaten analysiert und daraufhin abschätzt, welche Beiträge unserer Freunde uns am stärksten motivieren, länger auf der Plattform zu verweilen und noch mehr Inhalte zu nutzen, verlieren wir als Nutzer bis zu einem gewissen Grad die durch das Internet gewonnene Autonomie wieder.

Die Kostenlosigkeit von Facebook, Google oder Twitter verschleiert darüber hinaus, dass wir für die Nutzung durchaus bezahlen, und zwar mit der sehr weitreichenden Überlassung von privaten Informationen, deren Wert wir überhaupt nicht kennen und über deren Weiterverwendung wir bestenfalls vage informiert sind. Besonders bedenklich sind diese Entwicklungen dadurch, dass die entsprechenden Plattformen Quasi-Monopole sind, denen wir nicht einfach durch einen Wechsel zu einem anderen Anbieter entkommen können. Das hat vor allem damit zu tun, dass Netzwerke jeder Art umso attraktiver werden, je mehr Mitglieder sie haben, denn damit nehmen die Möglichkeiten der Interaktion exponentiell zu bei gleichzeitig sinkendem Aufwand. Viele von uns haben vermutlich bereits die Erfahrung gemacht, an der Beteiligung an einer WhatsApp-Gruppe nicht mehr vorbeizukommen – sei es

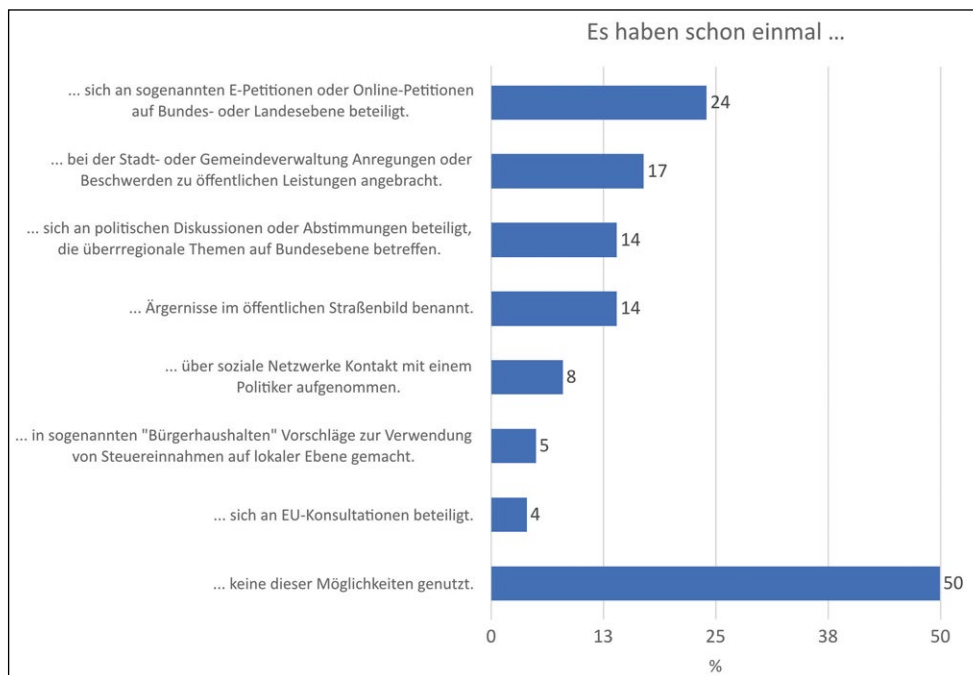


Abb. 1: Nutzung des Internets für politische Beteiligung in Deutschland (Quelle: BMBF 2014. „Meinungen zum Thema E-Partizipation“. Forsa-Umfrage im Auftrag des BMBF zum Wissenschaftsjahr 2014)



im Elternkreis der Kinder, in der Familie oder im Kollegenkreis. Wer Soziale Medien für seine Kommunikation – auch als Bürger oder Aktivist – mehr oder weniger freiwillig nutzt, ist durch diese Monopolisierung praktisch gezwungen, sich den AGB der entsprechenden Unternehmen zu unterwerfen, die durch ihre Alternativlosigkeit eine gesetzesähnliche Allgemeingültigkeit erreichen.

Von „Echokammern“ und „Filterblasen“

Aus der Kombination dieser positiven wie auch der gefährlichen Aspekte der Digitalisierung entstehen schließlich konkrete Probleme, die die politische Debatte aktuell prägen: Die intensive Nutzung des Internets und Sozialer Medien wie Facebook macht diese Plattformen attraktiv für kampagnenartige und zum Teil hasserfüllte Kommunikation von extremistischer Seite, die durch die auf Individuen abgestimmten Selektionsalgorithmen der Plattformanbieter noch verstärkt werden und in abgeschlossenen Bereichen von Gleichgesinnten („Echokammern“) Menschen radikalieren können. Diese Mechanismen können durch verdeckt gesteuerte Kampagnen ausgenutzt werden, um mit relativ einfachen und nur schwer nachvollziehbaren Strategien (etwa durch den Einsatz automatisierter Agenten, sog. „Bots“) Themen, Inhalte, Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse zu manipulieren.

Allerdings zeigt auch hier die wissenschaftliche Forschung, dass bei aller Alarmierung kein Anlass zu Hysterie oder Panik besteht, denn die beschriebenen Manipulationsversuche haben nur eine begrenzte direkte Wirkung auf einzelne Menschen. Meist beschränken sich Wirkungen darauf, dass Menschen in ihren ohnehin bereits gefassten Meinungen bestärkt werden, oder dass Verunsicherung entsteht und Vertrauen in politische Akteure oder z.B. Medien langfristig unterminiert wird. Unmittelbarere Wirkungen wie z.B. die Motivation von Personen zu terroristischen Taten treten nur in extrem wenigen Einzelfällen bei Menschen mit bereits sehr problematischen Vorgeschichten auf und sind deshalb eher ein Fall für Sicherheits- und Sozialbehörden als für die breite Gesellschaft. Auch treten die oft vermuteten „Filterblasen“- oder „Echokammer“-Effekte nicht so deutlich auf wie vermutet. Trotz der zunehmenden Vorselektion von Inhalten durch Algorithmen der Plattformanbieter zeigen Studien, dass intensive Nutzer von Sozialen Medien wie Facebook oder Twitter insgesamt immer noch mit vielfältigeren Informationen konfrontiert werden, heterogenere soziale Beziehungsnetzwerke haben und ein breites gesellschaftliches Aktivitätsprofil zeigen als Personen, die sich aus diesen digitalen Netzwerken stärker heraushalten.

Schließlich sollte man sich vom Fokus der öffentlichen Debatte nicht täuschen lassen: Zum einen haben Phänomene wie Hasskommunikation sicherlich früher bereits existiert, sie spielten sich nur weitgehend in privaten, öffentlich nicht sichtbaren Sphären am Stammtisch oder im Freundeskreis ab. Zum anderen wird durch die Problemfixierung der aktuellen Debatte oft

übersehen, dass es, wie oben bereits beschrieben, natürlich unzählige Beispiele für erfolgreiche Mobilisierungskampagnen für das „Gute“, für Demokratie und Menschenrechte gibt und dass die Debattenräume Sozialer Medien auch tagtäglich genutzt werden, um politische Kultur zu stärken, wie zum Beispiel die über Facebook organisierten privaten Nachbarschaftsinitiativen zur Flüchtlingshilfe oder aktuelle Initiativen zur Stärkung politischer Diskurskultur wie #nohatespeech.

Fazit

Wenn die aktuellen Debatten über die Rolle des Internets für Politik und Partizipation eines zeigen, dann, dass die Verfügbarkeit einer neuen Technologie alleine weder automatisch die Demokratie verbessern noch soziale und politische Probleme einfach verschwinden lassen kann. So wie Demokratie kein irgendwann erreichter „Zustand“ ist, sondern eine Praxis, die erkämpft, gelebt und auch aktiv gegen Angriffe verteidigt werden muss, so muss auch die Nutzbarmachung digitaler Technologien zur Stärkung der Teilhabe der Bürger auf lokaler wie auf allgemein politischer Ebene aktiv gestaltet werden. Dabei sind erstens wir alle als Bürger gefragt: Wir müssen Kompetenzen und Fähigkeiten entwickeln, die uns einen souveränen Umgang mit digitalen Technologien ermöglichen – und dabei sind nicht in erster Linie technische, sondern vor allem soziale und kulturelle Fähigkeiten gemeint, etwa eine neue auf die digitale Welt abgestimmte Debattenkultur oder die Fähigkeit zur selbstbestimmten Pflege unserer Privatsphäre.

Zweitens sind auch Staat, Politik und Wirtschaft gefordert: Es gilt hier, neue Architekturen für das Machtverhältnis von Bürger und Staat, von Medien und Zivilgesellschaft, von Konsumenten und Konzernen zu entwickeln, die gesellschaftliche Vielfalt, Partizipation und effektive Entscheidungsprozesse in eine dauerhaft tragfähige Balance bringen können. Gerade Deutschland hätte hier mit seiner Tradition der Koregulierung im Medienbereich, die gesetzliche Regeln mit Verfahren der Selbstregulierung verbindet, gute Voraussetzungen zur Entwicklung innovativer neuer Ordnungsmuster.

Prof. Dr. Martin Emmer
Professor für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
mit Schwerpunkt Mediennutzung an der Freien Universität
Berlin und Gründungsdirektor des Weizenbaum-Instituts
für die vernetzte Gesellschaft in Berlin

Quellen:

Boulianne, Shelley (2015): Social media use and participation: a meta-analysis of current research. *Information, Communication & Society*, 18(5), S. 524-538.

Emmer, Martin/Vowe, Gerhard/Wolling, Jens (2011): *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK.